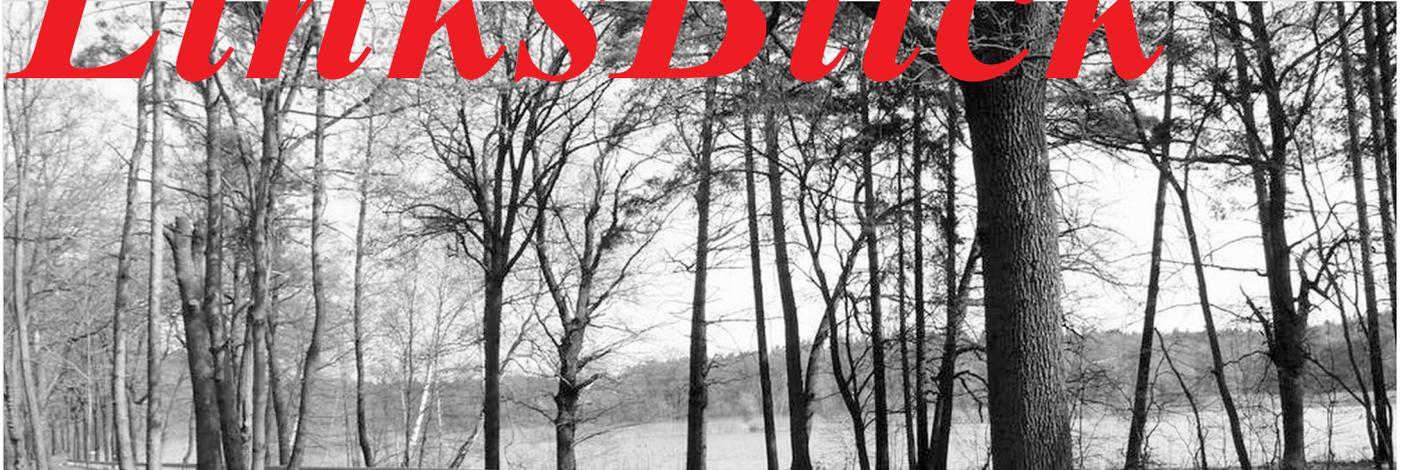


LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

1. Mai - Sorgenfrei? - Ha! Ha!

DIE LINKE. Teltow-Fläming gestaltet(e) am 1. Mai 2012 ihr 22. Familienfest. Das klingt nach Frohsinn, Gemütlichkeit, Entspannung, Abwechslung vom Alltag. Der lässt sich aber auch an so einem arbeitsfreien Tag nicht ausklammern. Dafür hat die schwarz-gelbe Regierungspolitik schon gesorgt. Also wird so mancher unserer Leser darüber nachdenken, was es zu verändern gäbe. Mir fällt dazu einiges ein, das mit Arbeit und Leben sehr viel zu tun hat.



Ist es gerecht, dass Frauen durchschnittlich 23% weniger Lohn als Männer erhalten, obwohl sie die gleiche Tätigkeit ausüben bei gleicher Qualifikation? Mit welchem „Grundrecht“ wird eine Person für ihr Frau-Sein bestraft?

Ist es gerecht, dass in Deutschland 10% der Bevölkerung 62% des Vermögens besitzen und sich 90% die restlichen 38% teilen „dürfen“? Wenn der Pleite-Geier zuschlägt, hat die deutsche Regierung unterstützende Lösungen – Rettungsschirme

– für die Banken, aber nicht für die entlassenen Schlecker-Mitarbeiter, vorrangig Frauen. Das war eine niederschmetternde Osterbotschaft.

Ist es gerecht, dass die Leiharbeiter bis 50% weniger Lohn erhalten als die Kollegen der Stammbeschäftigten – bei gleicher Arbeit natürlich? Letztere werden z. T. noch entlassen und durch Leiharbeiter ersetzt, weil sie billigere Arbeitskräfte sind.

Ist das Gerechtigkeit, wenn wegen strengerer Regulierung der Leiharbeit Firmen eine neue Art von Lohndumping praktizieren? „Werkverträge“ heißt das Zauberwort. Arbeitnehmer werden von Fremdfirmen ausgeliehen, die weder einen Betriebsrat noch Tarifverträge haben. Ihre Löhne liegen noch unter denen von Leiharbeitern. Oft wird mit Firmen aus anderen EU-Ländern „zusammengearbeitet“, die Löhne werden in den Heimatländern gezahlt, ohne dass in Deutschland Abgaben ans Finanzamt oder an die Sozialkassen gezahlt werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

Zitiert ...

„Es ist ein Vorrecht von Politikern, stolz auf Dinge zu sein, wo die eigene Leistung bei null liegt.“

Gregor Gysi

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Ein lukratives Geschäft für die Betreiber! Die Linksfraktion hat diese Form der Ausbeutung zum ersten Mal im Bundestag publik gemacht – als „moderne Sklaverei“.

Allein diese Beispiele beweisen, dass der 1. Mai 2012 für alles andere als nur fürs Feiern da ist. Ich rede nicht mal von der sich weiter öffnenden Schere zwischen den West- und Ostrenten nach der ab 1. Juli 2012 geltenden „Reform“.

Ich erwähne nur die ca. eine Million Arbeitslosen, die die schwarz-gelbe Bundesregierung aus ihrer Statistik streicht.

**GEGEN
HUNGER
LÖHNE
UND LEIH
ARBEIT
1. MAI**
DIE LINKE.

Das sind Arbeitslose, älter als 58 Jahre, die nicht als arbeitslos gelten. Dazu gehören Ein-Euro-Jobber, Arbeitslose in „Qualifizierung“ oder Weiterbildung, Kranke oder Arbeitslose in „Bürgerarbeit“. Dazu kommen noch ca. 500.000 Arbeitslose, die sich nicht arbeitslos melden, aber arbeiten wollen.

Der 1. Mai bietet also genügend Diskussionsstoff, den man auch bei einem Familienfest der LINKEN mit Freunden, Nachbarn und Gleichgesinnten debattieren kann, auch in unterhaltsamer „Familienfest“-Runde.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Ingrid Köbke
Nuthe-Urstromtal

Hasen im Schlosspark Jüterbog

Zum Osterhasenfest am Samstag vor den Osterfeiertagen luden erneut DIE LINKE, Petzi´s Kinderland und die Tafel Jüterbog ein. In diesem Jahr gestalteten angehende Erzieher/innen des Europäischen Bildungswerkes Brandenburg das Fest als „Praktische Abschlussprüfung“ mit. Das war ein großer Gewinn für das Fest!

„Hoffentlich hört es auf zu regnen!“, war während des Aufbaus immer wieder zu hören.



„Den Osterhasen hab ich mir viel kleiner vorgestellt“

Petrus muss den Wunsch gehört haben, denn er unterstützte die Organisatoren und ließ das Osterhasenfest nicht ins Wasser fallen.

Ob Osterhasenstube, Osterhasenwerkstatt, „Flugzeugwerft“ oder „Orchestergraben“, an mehreren Stationen konnten große und kleine Osterhasen basteln, die ungewöhnlichen Musikinstrumente ausprobieren oder die eigene Geschicklichkeit testen. Das phantasievolle Schminken der Kindergesichter war eine weitere Attraktion des Festes.

Mit dem Papierflieger auf einem Kontinent zu landen und viel Neues über diesen zu erfahren, war eben-

so ein Renner, wie im Klangzelt Geschichten zu lauschen und mit Instrumenten Geräusche wie Regen und Donner nachzumachen. Auf einem Ostereierausweis wurde an jeder Station ein Stempel gesammelt. Am Ende warteten ein kleines Osternest und eine Urkunde, die die Kinder als echte Osterhasen auszeichnete, auf die Kinder.

Alle vorbereiteten 120 Urkunden wurden ausgegeben, was das große

Interesse unterstreicht. Auch der Osterhase höchstpersönlich kam vorbei und wurde als der „Stargast“ gefeiert. Die Kaninchenzüchter aus Markendorf hatten lebendige Kaninchen zum Streicheln und Hände-Wärmen mit. Zum Abschluss gab es Nudeln mit Tomatensoße für alle. Die angehenden Erzieherinnen und Erzieher, die mit ihrer Schulleiterin in Jüterbog waren, haben alle erfolgreich die Prüfung bestanden.

Herzlichen Glückwunsch, ganz besonders unserer Ilona Petzhold, und ein Dankeschön an die Veranstalter!

Maritta Böttcher
Jüterbog

Spritwucher bestimmt das Denken aller deutschen Kraftfahrer, da Spekulation und Profitmaximierung die Spritpreise bestimmen. Nicht nur Pendler bangen um ihre Existenz, steigende Spritpreise wirken auch negativ auf den Öffentlichen Nahverkehr und die gesamte Transportbranche.

DIE LINKE fordert: Benzinpreiserhöhungen müssen genehmigungspflichtig sein. Die Marktbeherrschung durch einige wenige große Konzerne muss gebrochen werden. <

EINER VON UNS

Im Gespräch mit Angelika Linke

Kurt Mühlsteph, geboren am 31. Juli 1931, wohnhaft in Ludwigsfelde, Mitglied einer linken Partei seit 1956, ein charmanter Mann – finden die Frauen, eben ein Kumpel – sagen die Männer! Er ist Feuerwehrmann, Gartenfreund, Lebensgefährte, Vater und Opa.

Angelika: Kurt, in Ludwigsfelde kennen Dich viele, aber im Raum Luckenwalde und Jüterbog nicht – das wollen wir ändern.

Kurt: Ja eigentlich bin ich ja der Meinung, dass ich nicht viel mache. Andere leisten doch viel mehr für unsere Partei. Ich trage doch nur die Zeitungen aus.

Angelika: Monat für Monat wird unserer LinksBlick ehrenamtlich verteilt. Du bist mit Deinen 80 Jahren dabei – das ist nicht selbstverständlich und verdient unseren Respekt. Stell Dich doch bitte den Lesern vor und erzähle von Dir.

Kurt: Geboren bin ich in Kritschen, im Kreis Oels. Das ist in Schlesien. Meine Eltern hatten eine Landwirtschaft.

Ich war 13 Jahre, als sich am 20. Januar 1945 (sieben Tage später wurde das KZ Auschwitz befreit) meine Familie und viele andere Menschen mit Pferd und Wagen auf die Flucht begaben. Wir sollten nach Bayern. Aber vor Tschechien überrollte uns die Front und der russische Kommandant sagte, dass wir zurück in unsere Heimat nach Schlesien sollten. Also den Weg in tiefem Schnee und Frost zurück. Ich habe schlimme Dinge gesehen, die ich in meinem Leben nicht mehr vergessen werde, z.B. die Häftlingskolonnen, die an uns vorbeigetrieben wurden. Ende Mai waren wir wieder „Zuhause“. Aber wie hatte sich die Situation verändert? Es gab nun eine Doppelbesatzung, erst durch die Russen, dann durch die Polen.



Kurt Mühlsteph

Mit Mutter, Oma und drei Geschwistern schafften wir es irgendwie zu überleben.

Wir nahmen Kontakt zur Caritas in Breslau auf und gehörten dann zu den Ausreisewilligen. Im Güterwagen fuhren wir durch Berlin bis Brandenburg. Nach drei Wochen im Lager und nochmaligen drei Wochen in Luckenwalde wurden wir auf die umliegenden Dörfer verteilt. So kam ich mit meiner Familie in Holbeck an.

Dort arbeitete ich beim Bauern, ohne Lohn, nur fürs Essen, später in Stülpe. Der Weg dorthin betrug vier Kilometer – in geborgten Schuhen, im Rucksack die Kartoffelsuppe.

1949 bis 1950 arbeiteten wir Jungs als Waldarbeiter, bis die aus dem Krieg heimkehrenden Väter diese Arbeit brauchten. Dann wollte ich Traktorist werden, aber in Wünsdorf suchte man Bauarbeiter für den Kasernenbau. Ich war auch an der Bahn in Mahlow/Wassmannsdorf, beim Brückenbau in Berlin, Kanalbau in Wustermark, bis ich 1952 hörte: In Ludwigsfelde soll ein Autowerk entstehen und dort werden Leute gebraucht. Die Brigade, die schon in den letzten Jahren so viel gemeinsam erlebt hatte, ging dann gemeinsam nach Ludwigsfelde und wurde bei der Bau-Union Leipzig beschäftigt. Riesige Autohallen entstanden. Im

November 1952 hörte ich, dass man eine Betriebsfeuerwehr brauchte. Sofort bewarb ich mich und wurde genommen. Ich war ja schon viele Jahre Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr in Holbeck.

Angelika: An Deinem 80. Geburtstag im letzten Jahr hast Du auch noch viele Ehrungen von der Feuerwehr bekommen, ehemalige Kameraden haben Dir gratuliert, obwohl Du schon so lange nicht mehr aktiv bist. Das hat mich sehr beeindruckt.

Kurt: Ja, das war eine schöne Zeit. Nach 30 Jahren bin ich dann freiwillig ausgeschieden und habe noch mal etwas Neues gemacht. Ab Januar 1983 war ich im Instandsetzungswerk Ludwigsfelde Dispatcher. Zur Wende wurden dann zwei Drittel der Belegschaft abgewickelt, auch ich. Ich ging dann vorzeitig in den Ruhestand und schließlich kurz vor meinem 60. Geburtstag in Rente.

Angelika: Ich bin ja selbst Ludwigsfelderin, seit 1971. Immer wieder beeindruckt mich der Stolz vieler Ludwigsfelder, ein Autowerker gewesen zu sein. Eigentlich ist man erst dann ein „richtiger“ Ludwigsfelder!?

Kurt, es fällt auf, dass Du viele Kontakte pflegst, etliche von ihnen mit dem LinksBlick versorgst und dann bei Bedarf auch wegen Spenden bei ihnen anfragen darfst.

Kurt: Ich habe nie eine parteipolitische Funktion gehabt und keine Parteischule besucht, aber zur Wende wollte ich nicht das Handtuch schmeißen wie so viele andere. Das habe ich nie verstanden. Dass ich die Kontakte halte und die Zeitung verteile, ist mein Anteil.

Angelika: Lieber Kurt, ich danke Dir dafür und für dieses Gespräch und wünsche Dir von Herzen alles Gute und ganz viel Gesundheit. <

Neues aus dem Landtag

von Konelia Wehlan

Lärmschutz ist zwingend

Vor über einhundert Jahren hat der Medizin-Nobelpreisträger Robert Koch prophezeit: „Eines Tages wird der Mensch den Lärm ebenso unbittlich bekämpfen müssen wie die Cholera und die Pest.“

Viele Anwohner des Flughafens Berlin-Brandenburg empfinden diesen Tag längst als gekommen. Außen vorgelassen bei der unsäglichen Standortentscheidung, fühlen sie sich wenig unterstützt, um die Folgen der politischen Entscheidung von 1996 mildern zu helfen. Ihr Kampf für einen ihnen zustehenden planfestgestellten Lärmschutz mutiert zur unendlichen Geschichte im kleinteiligen Krieg zwischen Ingenieurbüros, Ämtern und der Flughafengesellschaft. Folgt man dem Umweltbundesamt, so ist es eher Aufgabe, das Schutzniveau zu erhöhen und mehr zu machen als das, wozu man rein rechtlich verpflichtet ist.

Geringere Grenzwerte für die Nacht, eine nationale Flugverkehrsplanung mit konsequentem Nachtflugverbot für stadtnahe Flughäfen – das umfasst die Stellungnahme des Umweltbundesamtes gegenüber dem Bundesgesetzgeber. Der Beschluss des Landtages für energieeffiziente und klimaschonende Lösungen beim Schallschutz ist ein wichtiger Schritt.<

Energie darf kein Luxus sein

Mit der Energiestrategie 2030 setzt das Land Brandenburg seinen Weg konsequent fort: Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien ist das klare Ziel. Die Weichen bleiben auf Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien gestellt. Damit wird die Energiewende energisch vorangetrieben.

Brandenburg hat das Potenzial, bis zum Jahr 2020 90 Prozent der Stromversorgung aus Erneuerbaren Ener-

gien produzieren zu können. Eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung steht dabei im Mittelpunkt. Dafür braucht es allerdings Akzeptanz im ganzen Land. Ohne sie wird es keinen nachhaltigen Umbau der Energieversorgung geben. Um es klar zu sagen:

Auch Stromsparen muss man sich erlauben können. Das heißt: Neue Technologien müssen für die VerbraucherInnen auch bezahlbar sein. Moderne, energieeffiziente Wohnungen müssen für alle erschwinglich sein.

Auch zukünftig ist die Versorgung mit Energie bezahlbar zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund ist die Energiewende in Deutschland – und insbesondere in Brandenburg – politisch eine komplizierte Sache. Schnell kann die positive Grundstimmung in der Bevölkerung für den vernünftigen Fortschritt umschlagen. Denn die Verbraucher werden einen Großteil der notwendigen Investitionen von geschätzten 200 Mrd. Euro finanzieren müssen – über die künftigen Energiepreise. Politik hat auch das zu berücksichtigen. Deshalb muss aus unserer Sicht die Energiewende sozial flankiert werden.

Konkret heißt das: Verbindliche Sozialtarife einführen. Das würde Haushalten mit kleinem Geldbeutel sofort helfen. Mittel- und langfristig ist der Ausstieg aus der fossil-atomaren Energiewirtschaft hin zu einer Energieversorgung aus erneuerbaren Energien aber der einzige Weg, um bezahlbare Energie zu gewährleisten. Doch leider spielt dieser Aspekt in der schwarz-gelben Bundespolitik überhaupt keine Rolle. DIE LINKE steht dagegen für eine faire und sozialverträgliche Energiewende: Energie muss bezahlbar bleiben und der allmähliche Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle bis 2040 muss gemeinsam mit den Beschäftigten sozialverträglich gestaltet werden.



Ein kleiner Blick in die Zukunft zeigt: Das zukünftige Energiewirtschaftssystem wird dezentraler und mittelständischer geprägt sein. Es zeichnen sich weitreichende Veränderungen vor allem in den Erzeugungs- und Netzinfrastrukturen ab.

Für DIE LINKE sind Stadtwerke dabei verstärkt verlässliche Partner – als wesentlicher Eckpfeiler einer „enkeltauglichen“, also nachhaltigen fortentwickelten Energiewirtschaft mit ihren dezentralen Erzeugungs- und Netzinfrastrukturen und ihren Energiedienstleistungen. <

Aktuelle Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD:

- Antrag zum Thema: *Fonds der Europäischen Union – auch in der Förderperiode 2014 – 2020 Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung Brandenburgs! (angenommen)*

- Antrag zum Thema: *Berücksichtigung der umwelt- und energiepolitischen Zielsetzungen der Landesregierung bei der Umsetzung des Schallschutzprogramms am BER (Miteinreicher: CDU), (angen.)*

- Entschließungsantrag zum Thema: *Oderbruch als Lebens- und Wirtschaftsraum dauerhaft erhalten (angen.)*

- Entschließungsantrag zum Thema: *Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern erweitern – Wissenschaft sichern und stärken (Miteinreicher: B´90/Grüne), (angen.)*

- Entschließungsantrag zum Thema: *Beamtenpensionen sichern – für die Fortführung einer ausgewogenen Anlagestrategie des Versorgungsfonds (angen.)*

Konelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Tel: 03371-406544
www.konni-wehlan.de

Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Die 41. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im März 2012 war ziemlich „aufregend“ verlaufen. Schließlich hatte die SPD-Fraktion in Anlehnung an die Aktion im Kreistag Teltow-Fläming - hier stellte die CDU den Antrag - die Überprüfung der Abgeordneten auf Mitarbeit in der Staatssicherheit gestellt. Und die Meinungen dazu waren „weiß Gott“ sehr unterschiedlich. Dagegen verlief die 42. Sitzung am 03.04.2012 relativ normal.

Unser Bürgermeister wurde für das Haushaltsjahr 2009 uneingeschränkt entlastet, der qualifizierte Mietspiegel 2012 der Stadt Ludwigsfelde, der sich bei Objektvergleichen als Argumentationshilfe gegenüber Mietern und Mietinteressenten sehr bewährt hat, bestätigt und die umfangreiche Sanierung und Umgestaltung unserer Gottlieb-Daimler-Oberschule im Zeitraum 2012 bis 2014 beschlossen.

Weiterhin wird das Projekt „Bioenergieregion Ludwigsfelde“ in der 2. Förderperiode in den Haushaltsjahren 2012 bis einschließlich 2014 mit einem Festbetragszuschuss an die ARGE Bioenergieregion Ludwigsfelde unterstützt.

Der Bebauungsplan „Bahnhaltspunkt Struveshof“, dazu Behandlung der Stellungnahmen (Abwägungsprotokoll) sowie Satzungsbeschluss,

ein Bebauungsplan für „Wietstock – Wilmersdorfer Weg“ und die Verlängerung der Satzung über die Veränderungs-sperre für den Planbereich „Einkaufszeile – Potsdamer Straße“ wurden anschließend beschlossen.

Beim Regeltagesordnungspunkt „Bekanntgaben der Stadtverwaltung“ informierte der Bürgermeister u.a., wie sich die erstreikten Lohnerhöhungen auf den Haushalt der Stadt auswirken werden (!), über den neuesten Stand zur Diskussion „Flugrouten“ und dass im Ortsteil Siethen ein Jugendzentrum geplant ist. Beim Thema „Eichenprozessionsspinner“, seine Bekämpfung – oder auch nicht, schlugen die Wellen nochmals hoch.

Es folgte der nicht öffentliche Teil, wo über Gewerbesteuern und Vergabe von Bauleistungen entschieden wurde – aber eben nicht öffentlich!

Aber so viel kann man sagen, wenn es um die Vergabe von Leistungen, z.B. die Anschaffung eines Fahrzeuges für die Feuerwehr geht, ist immer Einigkeit.

Noch eine Bemerkung zu dem anfangs erwähnten Antrag auf Überprüfung: Er wurde in den Hauptausschuss zurück verwiesen.

Unsere Fraktion hatte übrigens eine Erweiterung des Antrags auf Überprüfung und Registrierung beim BND, beim KGB – ach, den Mossad haben wir vergessen – gestellt.



Ludwigsfelde

Ich kann nicht für alle meine Mitstreiter in der Fraktion sprechen, aber ich selbst werde, wenn es wieder zur Abstimmung des Antrages auf Überprüfung kommt, dagegen stimmen.

Es ist genug!

Angelika Linke

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE/ FiLu:

Peter Dunkel, Vors.
Klaus Hubrig
Angelika Linke
Erika Dahlke
Reinhold Krause
Heiner Reiß
Silvio Pape

Einmaliger Fall von Wahlbetrug

Mit großem Befremden hat der Parteivorsitzende der Saar-LINKEN, Rolf Linsler, den Parteiaustritt der Abgeordneten Pia Döring zur Kenntnis genommen: „Wir wurden von dieser Nachricht völlig überrascht. Frau Döring hat gestern die Bestätigung erhalten, dass sie als Abgeordnete gewählt worden ist.“

Nur einen Tag später gibt sie bekannt, dass sie das von den Wählerinnen und Wählern für die Partei DIE

LINKE gegebene Mandat in betrügerischer Weise ausübt, um die SPD-Landtagsfraktion zu verstärken. Das ist Wahlbetrug – nicht nur unsere Partei wurde betrogen, sondern vor allem die Wählerinnen und Wähler, die uns ihre Stimme gegeben haben. Dies ist in der Geschichte des Saarlandes ein einmaliger Vorgang, den wir aufs Schärfste verurteilen.

Wir fordern Frau Döring auf, ihr erschlichenes Mandat unserer Partei

zurückzugeben. Die SPD setzt sich dem Verdacht aus, an diesem Betrugsmanöver mitgewirkt zu haben, und muss sich die Frage gefallen lassen, welches Demokratieverständnis sie hat, da die Abgeordnete keinen einzigen plausiblen Grund für diesen in der Parlamentsgeschichte einmaligen Wahlbetrug angeben kann.“

*DIE LINKE.
Fraktion im Saarland*

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Praxisgebühr unverzüglich abschaffen, Versicherte entlasten

Klaus Ernst hat Recht, wenn er den Streit in der Koalition über die Verwendung der Überschüsse in den Sozialkassen als absurd und hanebüchen bezeichnet. Statt zu Lasten der Versicherten zu streiten, fordert er die Regierungskoalition auf, die Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal sofort abzuschaffen. Sie ist gesundheitspolitisch kontraproduktiv, weil sie Kranke mit geringem Einkommen vom Arztbesuch abhält. Dieses Erkenntnis hat inzwischen auch der Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) gewonnen.

In den Landtagswahlkämpfen sammelt die FDP derzeit Unterschriften zur sofortigen Abschaffung der Praxisgebühr. Gleichzeitig blockieren die Liberalen im zuständigen Ausschuss des Bundestages einen Antrag der LINKEN zur Abschaffung der Praxisgebühr. Das ist ein unerträglicher Betrug an Wählerinnen und Wählern.

Klaus Ernst wird den FDP-Vorsitzenden Rösler schriftlich auffordern, den Weg zur sofortigen Abschaffung der Praxisgebühr freizumachen und dem Antrag der LINKEN im Deutschen Bundestag zuzustimmen. Das ist kurzfristig möglich. Zur Entlastung der gesetzlich versicherten Beitragszahlerinnen und Beitragszahler ist das der gerechteste und praktikabelste Weg.

Hartz-IV-Sanktionen sind verfassungswidrig

„Die Sanktionen im Hartz-IV-System sind verfassungswidrig und müssen umgehend abgeschafft werden. Jede Leistungskürzung verletzt das Grundrecht des Betroffenen auf Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe“, erklärt Katja Kipping zu

Medienberichten, denen zufolge die Zahl der Leistungskürzungen bei Hartz IV im Jahr 2011 gestiegen ist.

Im Jahr 2011 waren rund 42 Prozent der Widersprüche gegen Sanktionen und rund 52 Prozent der Klagen vor Sozialgerichten für die Betroffenen ganz oder zumindest teilweise erfolgreich. Es wird also auch massenhaft rechtswidrig sanktioniert. Außerdem zwingen Sanktionsandrohungen die Betroffenen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen und den Beschäftigten durch Lohndumping in den Rücken zu fallen.

DIE LINKE tritt dafür ein, Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen, die wirklich die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert.

Rücktritt Gesine Löttsch

In einer Presseerklärung teilte Gesine Löttsch mit: „Auf Grund der Erkrankung meines Mannes habe ich mich nach reiflicher Überlegung entschieden, das Amt der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE niederzulegen. Diese Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Meine familiäre Situation lässt jedoch eine häufige Abwesenheit von meinem Wohnort Berlin nicht mehr zu. Ich werde mich künftig auf mein Mandat als Berliner Bundestagsabgeordnete konzentrieren. Ich danke allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE, die mich in meiner Arbeit unterstützt haben und wünsche meiner Nachfolgerin Gesundheit und Erfolg.“

Der geschäftsführende Parteivorstand hat die Entscheidung von Gesine Löttsch, ihr Amt als Parteivorsitzende niederzulegen, mit Bedauern und Respekt zur Kenntnis genommen. Er dankte Gesine Löttsch für ihre Arbeit als Parteivorsitzende und



wünschte ihr und ihrer Familie für die kommende Zeit Kraft, Zuversicht, Gesundheit und weiterhin Erfolg in der politischen Arbeit.

Bis zum Göttinger Parteitag wird Klaus Ernst als alleiniger Parteivorsitzender die Partei führen. Wir richten unsere ganze Kraft auf die vor uns liegenden Wahlkämpfe. Es bleibt bei der Verabredung, dass alle Personalfragen nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen vorbereitet werden und auf dem Parteitag Anfang Juni entschieden werden.

Verdacht des Waffenschmuggels nach Syrien aufklären

Gründliche Untersuchungen über den Umfang und die Wege von Waffentransporten nach Syrien, möglicherweise auch von deutschen Firmen unter Kenntnis deutscher Institutionen, sind dringend nötig. Der Verdacht, dass auch von und über Deutschland Waffen geliefert wurden, muss restlos aufgeklärt werden.

DIE LINKE fordert ein generelles Verbot von Waffenlieferungen, insbesondere in die Konfliktregion Naher Osten. Wem es ernst mit dem Waffenstillstand in Syrien ist, der muss den Zufluss von Waffen in das Bürgerkriegsland stoppen. Die Bundesregierung muss den Verdacht, dass eine deutsche Transportfirma an einem Waffenschmuggel nach Syrien beteiligt ist, unverzüglich und restlos aufklären. <

Gekaufte Politik – geprelltes Volk (Teil 2)

Im ersten Teil habe ich einige Varianten des verdeckten Lobbyismus bei Parteifinanzierungen aufgezeigt. Dazu kommen noch die ausgewiesenen „legalen“ Spenden.

Mit sehr viel Geld, luxuriösen Veranstaltungen und menschlicher Nähe wird versucht, die gewählten Abgesandten des Volkes aus ihrem

Control“, „Mehr Demokratie“ und einigen anderen Akteuren wird zwar versucht, ein Gegengewicht zu installieren, aber wo Geld und Einfluss fehlen, sind die Ergebnisse wenig spektakulär. Trotzdem wurde schon einiges erreicht. Das Transparenzgesetz beispielsweise lässt zwar noch viel zu wünschen übrig, ist aber den-



bisherigen Interessenumfeld zu lösen und sie eine der Wirtschaft genehme Sichtweise anzunehmen. Dafür wird sehr viel Geld verschwendet. Zurzeit kommen in Berlin auf einen Abgeordneten etwa acht Lobbyisten.

Dabei will ich den Lobbyismus nicht nur verteufeln. Auch die wirtschaftlichen Belange und Interessen brauchen angemessene Darstellung ihrer Interessen und Notwendigkeiten. Wo aber bleiben die gleichwertigen Interessenvertretungen für die Belange und Lebensnotwendigkeiten der Bürger?

Bei Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Sozialpolitik wird von den herrschenden Politikern immer nur auf leere Kassen verwiesen. Mit „abgeordnetenwatch.de“, „Lobby-

noch ein Anfang.

Wenn diese horrenden Gelder, die von der Wirtschaft im Allgemeinen, besonders reichlich aber von Rüstungs- und Energiekonzernen für den Lobbyismus aufgebracht werden, für den Wohlstand des Volkes verwendet werden könnten?!

Für Löhne, Renten und Sozialleistungen, von denen die Menschen gut leben könnten, wären reichlich Gelder vorhanden und auch für Kultur und Sportförderung würde es noch reichen.

Doch dazu muss demokratisches Handeln und Verhalten gefördert und wahrgenommen werden. Ich meine: Wir sollten es einfordern und nutzen.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Kinderarmut ist nicht hinnehmbar Für viele Familien war, ist und bleibt Einkommensarmut bittere Realität. Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut. Nur ein ganzes Bündel an Maßnahmen kann hier helfen. Gute Arbeit, gute Löhne, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade für Alleinerziehende, und eine armutsfeste Kindergrundsicherung sind dabei unersetzlich. Meine Meinung: Es ist einfach, in einem reichen Land Kinderarmut zu vermeiden. Doch die Bundesregierung dümpelt vor sich hin, die Ursachen von Familienarmut wie Niedriglöhne, Minijobs und Leiharbeit gedeihen ungehindert. Nun wurden auch noch drastische Kürzungen bei den Maßnahmen gegen Erwerbslosigkeit vorgenommen. Es ist ein Skandal, dass selbst Vorgaben des Verfassungsgerichtes vom Februar 2010 bis heute nicht eingelöst



Diana Golze, MdB

sind. Dringend muss der Kinderregelsatz bedarfsgerecht neu festgesetzt werden. Auch das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bleibt weit hinter dem Bedarf zurück, was vor allem Alleinerziehende daran hindert, berufstätig zu sein. Es ist höchste Zeit, mit gesamtgesellschaftlichen Antworten auf die verfestigten Armutsstrukturen zu reagieren. DIE LINKE hat einen umfangreichen Antrag für eine moderne und zukunftsweisende Familienpolitik vorgelegt und ein Konzept zur Förderung von Alleinerziehenden, da diese mit ihren Kindern in besonderem Maße von Erwerbslosigkeit, schlechten Löhnen und Armut betroffen sind.<

Ein anderer Blick auf Kuba

Vom Bildungsabend im März 2012 wollten wir Teilnehmer mehr über das heutige Kuba erfahren. Dr. Wolfram Adolphi verschaffte uns eine Sicht auf die Insel, wie wir sie nicht erwartet hatten. Er las aus Erinnerungen ehemaliger kubanischer Lehrlinge und Studenten, die ihre Ausbildung in der DDR erhalten hatten. Das war in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Roberto, einer von ihnen, schrieb seine Erinnerungen an die DDR-Zeit auf, in deutscher Sprache. Mit Hilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung wurde das Buch in Deutschland herausgegeben unter dem Titel: „Kubaner im realen Paradies (Ausländer-Alltag in der DDR – Eine Erinnerung)“; Autor: Leonel R. Cala Fuentes. Kennengelernt hatten sich unser Referent und der Verfasser bei einer Buchmesse in Havanna, auf der linke Verlage ihre Leseprodukte ausgestellt hatten. Die Gruppe derjenigen Kubaner, die in der DDR eine Ausbildung erhalten hatten, ist ziemlich groß. Allein in Havanna sprechen 50.000 Bewohner deutsch. In Auszügen hörten wir, wie DDR-Bürger auf die Kubaner gewirkt hatten, – für uns ein neuer Blick auf beide Staaten.

Inzwischen erschien ein zweites Buch unter dem Titel „Abenteuer DDR (Kubanerinnen und Kubaner im

deutschen Sozialismus)“, eine Kollektivarbeit mit Erinnerungen mehrerer Gaststudenten. Sie hatten mit scharfem Blick nicht wenige Mängel unserer Gesellschaft gesehen. Es ging ihnen nie darum, den gleichen Sozialismus bei sich aufzubauen. Aber da Kuba kaum über Industrie verfügte, war ihre Ausbildung bei uns äußerst hilfreich. Der DDR-Aufenthalt war ein „Aufenthalt in der Zukunft meines Landes“, lesen wir da.

Als 1990 der Sozialismus in Europa zusammenbrach, blieb Kuba als einziges Land übrig und das unter den Bedingungen des Embargos seitens der USA, die von 1,8 Millionen Exilkubanern in Florida bestimmt wird, 1,8 Millionen Wählerstimmen bei Präsidentschaftswahlen.

Die Kubaner zählen noch heute die 70er und 80er Jahre zu ihren glücklichsten Zeiten.

Da nach 1990 die Handelsbeziehungen zu den RGW-Staaten weggebrochen waren, hatte der Politikwechsel in Europa riesige Auswirkungen auf Kuba, bis in die Gegenwart. Die Veränderungen in Venezuela, Peru, Bolivien haben Kubas wirtschaftliche Lage erleichtert. Dennoch fehlt es am Notwendigsten wie z. B. an Papier, Bleistiften.

Eine von der Linksfraktion organisierte Reise von Vertretern des

Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag im Januar 2012 machte Veränderungen im Wirtschafts- und Sozialsystem Kubas aus. Z. B. will Kuba 500.000 Staatsdiener freistellen für produktive Berufe, das ist mehr als ein Viertel aller im Staatsdienst Tätigen. Es ist erstaunlich, dass sich Kuba trotz der erdrückenden Kolonialpolitik der USA immer noch sozialistische Ziele stellt.

Erschwerend kommt hinzu, dass auf der Insel kein historisch gewachsener Mittelstand existiert, was Reformen erschwert. Kuba hat äußerst niedrige Löhne, ein Arzt verdient durchschnittlich 25 Euro/Monat.

Langsam entwickelt sich der Tourismus als Wirtschaftsfaktor. Die Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten hat keine Tradition.

Die heutigen Bewohner Kubas sind Nachfahren der Sklaven aus der Zeit nach der Eroberung durch Spanien; die Urbevölkerung Kubas ist ausgestorben, ausgerottet. Die Erlaubnis, sich mit dem Handwerk selbstständig zu machen, wird von immer mehr Kubanern genutzt. Aber solche Entwicklung braucht ihre Zeit und die Solidarität von Menschen weltweit.

In diesem Sinne konnten wir einen anderen Blick auf Kuba werfen.

*Ingrid Köbke
Nuthe-Urstromtal*

Auflösung BilderRätsel



Zu sehen ist hier ein Überrest städtischer Militärgeschichte. Jüterbog weist nicht nur reformatorische Einflüsse auf die Stadtgeschichte auf.

Mit der Stationierung von Soldaten wollten die Jüterboger ihr Stadtsäckel besser füllen. 1832 wurde der Wunsch mit der Einquartierung einer preußischen Artilleriebrigade erfüllt.

Jüterbog blieb mit der Stationie-

rung von Soldaten unterschiedlicher Armeen Militärstandort bis 1994.

Sowohl die Preußische Armee als auch die Armee Hitlers nutzten bis 1945 den Standort. Danach war Jüterbog ein wichtiges Zentrum der Streitkräfte der Sowjetarmee bzw. der GUS-Truppen.

Die baulichen Folgen der militärischen Nutzung sind bis heute sichtbar. <

Regionalkonferenz der LINKEN Brandenburg

Turnusgemäß trafen sich Vertreter der Kreisverbände der Linkspartei Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Brandenburg/Havel, Havelland und Teltow-Fläming dieses Mal in Dallgow-Döberitz im Landkreis Havelland.

Bei den fast sommerlichen Tem-

Dafür standen mit den zuständigen Ministern fachkundige Gesprächspartner zur Verfügung.

Die Novellierung des Vergaberechts im Land bewegte viele Teilnehmer genauso wie die Altanschließerproblematik. Was passiert, wenn wir weniger werden und immer älter,



Die Regierungsverantwortlichen standen Rede und Antwort

peraturen hatten es wohl einige GenossInnen vorgezogen, dass Wochenende im Grünen zu verbringen. Die überschaubare Teilnehmerzahl brachte dann aber den Vorteil einer intensiven Diskussion.

Eingangs setzten die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Kerstin Kaiser, die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Anita Tack, der Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, Ralph Christoffers, der Justizminister, Dr. Volkmar Schöneburg sowie der Landesvorsitzende Stefan Ludwig mit ihren Statements die inhaltlichen Akzente.

Themen wie Nachhaltigkeit, Gesundheit und Umwelt, 2.000 neue Lehrer für Brandenburg, Förderung von Klein- und Mittelstand, Energiepolitik, Sozialgerichtsbarkeit und Haushaltskonsolidierung waren wichtige Impulse für die anschließende Diskussion an den drei Thematischen zu Wirtschaft, Gesundheit/ Umwelt und Justiz.

Gesundheit eine Frage des Geldbeutels wird oder die medizinische Versorgung auf dem flachen Land noch lückenhafter wird - all das sind politische Herausforderungen für die Zukunft.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger bewegen diese Themen und sie fragen nach Antworten der verantwortlichen Politiker. Solche thematischen Veranstaltungen, die auch viel Raum für die Aussprache bieten und sachkundig begleitet werden, sind für uns als Genossen an der Basis sehr wichtig. Wir müssen täglich Rede und Antwort stehen und brauchen dafür die entsprechenden Argumente und das Fachwissen.

Deshalb war diese Form der Regionalkonferenz, die viel Raum für den Gedankenaustausch zur Verfügung stellte, besonders wertvoll und hilfreich.

Wir als Basis sollten diese Möglichkeit noch intensiver nutzen.

Felix & Manfred Thier
Luckenwalde

Maifeier

*Wir feiern heut' den 1. Mai,
ich wünsche uns viel Freud dabei.
Doch bei Getränk und gutem Essen
wollen wir den Alltag nicht vergessen.*

*Der Alltag ist beschwerlich schon
für alle mit prekärem Lohn.
Die Lebenshaltungskosten steigen leise.
Doch wie bezahlen bei dem Preise?*

*Doch bist aufs Amt Du angewiesen,
dann steckst Du völlig in den Miesen.
Das Geld reicht vorn und hinten nicht,
man degradiert Dich bis zum Wicht.*

*Drum brauchen wir den Mindestlohn,
prekäre Arbeit ist nur Hohn.
Auch kein Managerposten wird verschont,
wenn sich die Arbeit nicht mehr lohnt.*

*Arbeit muss neu bewertet werden,
für alle Menschen hier auf Erden.
Denn ohne Reinigungskraft, oh Schreck,
erstickt der Manager im Dreck.*

*Die Kinderarmut hierzulande
ist doch fürwahr die größte Schande,
statt Kriege in der Welt zu führen,
sollten wir mehr in Bildung investieren.*

*Dann sollten wir Ressourcen schonen,
für uns're Enkel würde sich's lohnen.
Doch wir produzieren und wecken Begehrt,
für Nachkommen bleibt gar nichts mehr.*

*Wir sollten immer daran denken,
uns wird niemand den Wohlstand schenken.
Wir müssen uns schon selbst bemühen, nur
dann wird für uns Gutes blühen.*

Rainer Weigt

Leipziger Buchmesse 2012 – Neugier auf Neues

Jedes Jahr im März spüre ich in Leipzig diese tolle, für mich einzigartige Atmosphäre, die von der Buchmesse ausgeht. Sowohl auf dem Messengelände als auch in der Innenstadt steht der persönliche Kontakt mit der Literatur und den Autoren im Mittelpunkt.

Überhaupt bin ich erfreut, wie viele junge Menschen sich für die Buchmesseangebote begeistern. Es erstaunt mich immer wieder, welche Bandbreite Europas größtes Lesefest „Leipzig liest“ mit seinen über 2.300 Veranstaltungen in nur vier Tagen bietet. Die Veranstaltungsorte reichen von Kultureinrichtungen über Betriebe, Restaurants, Cafes, Buchhandlungen, die Universität, den Südfriedhof bis zum Leipziger Zoo.

Die alljährliche Leipziger Bücherschau bietet ein riesiges Spektrum an Belletristik, ein umfangreiches Kinder- und Jugendprogramm, Fortbildungsprogramme für Lehrer (FOKUS BILDUNG), unterschiedliche Fachprogramme, Ausstellungen, Signierstunden, auch eine Buchmesse-Akademie. Diese befasste sich unter anderem mit Problemen der Euro-Krise, Weltbibliothek digital oder dem Thema „Alkohol in Arzneimitteln“. Leipzig ist ein historischer Ort für das Gespräch über politische und mentale Grenzen hinweg, ein geistiger Ost-West-Transfer.

Den Programmschwerpunkt bildete dieses Jahr Literatur aus Polen, der Ukraine und aus Belarus. Was verbindet die vielfältigen Literaturen aus diesen Ländern miteinander und mit dem Westen? Welche Konflikte und Utopien bewegen die Autoren heute?

Ich empfehle: Joanna Bator (Polin): „Der Sandberg“ – Lebensläufe von Frauen aus drei Generationen; un-nachsichtige, genaue Milieuschilde-

rungen widerspiegeln die kollektive Psyche des ganzen Landes.

Wie bereits in den letzten Jahren waren zahlreiche Autoren aus Serbien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina vertreten. Auffallend ist ihr Bemühen um Verständigung, Versöhnung und Konfliktbewältigung untereinander. Meine Buchempfehlung: Mirko Kovac (Kroate): „Die Stadt im Spiegel“ – Der Roman erzählt, wie eine Familie von Viehhändlern, Kleinkriminellen und Funktionären über Generationen hinweg darum kämpft, ihren Sehnsüchten ein Stück näher zu kommen. – Ein Epos über Väter und Söhne, Erleben und Erinnern.

In den zurückliegenden Jahren eroberten Literaten aus Schweden, Island und Finnland die Herzen des deutschen Publikums; kein Zweifel: Nordische Literatur steht hoch im



Kurs. Mehr als 70 Veranstaltungen gab es dazu in Leipzig. Mich interessierte das literarische Wiedersehen mit Egon Olsen, dem berühmten Kopf der „Olsenbande“. Ein empfehlenswertes Buch: Morten Grunwald (Benni): „Mächtig gewaltig, Egon“ – die interessante und liebenswerte Biografie von Ove Sprogøe alias Egon Olsen.

Meine weiteren, ganz subjektiven Buchempfehlungen sind:

Wolfgang Herrndorf (diesjähriger Preisträger Belletristik): „Sand“ und

sein vorletztes Buch „tschick“ – eine Geschichte von zwei Jungen, die im geklauten Lada eine Reise voller Umwege durch ein unbekanntes Stück Deutschland machen. Heiter, bewegend und auch traurig – absolut lesenswert.

Landolf Scherzer: „Madame Zhou und der Fahrradfriseur“ – ein außergewöhnlich intimer Bericht vom Leben in China – eine sehr originelle Reportage.

Rafik Schami: „Das Herz der Puppe“ – nicht nur ein Kinderbuch. Eine Findelpuppe hilft einem Mädchen, Ängste zu besiegen, Fragen zu beantworten, vor denen sich Erwachsene drücken.

Bernd-Lutz Lange: „Mein Leben ist ein Purzelbaum. Von der Heiterkeit des Seins“ – köstliche Anekdoten aus der ostdeutschen Geschichte vor und nach der Wende.

Rita Falk: „Schweinskopf AL DENTE“ – ein Provinzkrimi um den Polizisten Franz Eberhofer aus Niederkaltenkirchen. Rita Falk schreibt respektlos, hundsgemein, witzig, komisch und unterhaltsam über ihre bayrischen Mitmenschen; empfehlenswert.

Zum 100. Todestag von Karl May noch ein Tipp an alle seine Fans: Die Autobiografie von Karl Friedrich May: „Mein Leben und Streben“. Er war Hochstapler und Kleinkrimineller, aber er war auch ein genialer Geschichtenerzähler. Mehrere Veranstaltungen in Leipzig widmeten sich seiner literarischen Tätigkeit und seinem Leben.

Ich wünsche allen Leseratten Freude am Stöbern in Bücherregalen und Spaß am Lesen.

Monika Krause,
Nuthe-Urstromtal

BILD?! - Nicht mal freiwillig

Der Axel-Springer-Konzern plant zum 60. Geburtstag der BILD-Zeitung eine gigantische Werbemaßnahme: Jeder Haushalt soll ein kostenloses Exemplar bekommen – ungefragt. Über Campact.de kann man über eine Mail-Aktion an die BILD die Zustellung des Jubiläum-Exemplars verweigern.

Campact ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, der überparteilich und unabhängig arbeitet. Finanziert wird Campact nach eigenen Angaben zu mehr als 90 Prozent durch die Spenden von Tausenden Campact-Aktiven und die Beiträge von Förderern. Rund acht Prozent der Mittel stammen aus Förderungen durch Stiftungen. <

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Florian Golz in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 16.05.
Renate Hippauf in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 18.05.
Helga Löblich in Großbeeren zum 73. Geburtstag am 19.05.
Friedhelm Götz in Dahme/Mark zum 82. Geburtstag am 27.05.
Hildegard Kschempeck in Blankenfelde zum 79. Geburtstag am 28.05.
Gisela Kuhnt in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 29.05.
Annamaria Engert in Jüterbog zum 87. Geburtstag am 30.05.
Eva Sachse in Am Mellensee zum 87. Geburtstag am 31.05.
Liselotte Fischer in Am Mellensee zum 83. Geburtstag am 05.06.
Dora Dahlenburg in Blankenfelde zum 88. Geburtstag am 10.06.
Edith Weise in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 10.06.

Prof. Dr. Helmut Fröhlich in Großbeeren zum 85. Geburtstag am 22.05.

Cordula Peukert in Niedergörsdorf zum 40. Geburtstag am 31.05.

Josef Sagner in Luckenwalde zum 80. Geburtstag am 02.06.

Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung

Die landesseitige Finanzierung der Schülerbeförderung wurde aufgrund wesentlich geänderter Rahmenbedingungen neu diskutiert. Ausgangspunkt sind geänderte bundespolitische bzw. bundesrechtliche Voraussetzungen. Über das sog. Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) sind Mittel des Bundes für die Schülerbeförderung für Kinder in Bedarfsgemeinschaften verfügbar. Der Landeszuschuss für die Kreise von derzeit vier Mio. Euro jährlich war bisher an die Beitragsfreiheit für Hartz-IV-Kinder und soziale Kriterien gebunden. Insofern können diese Mittel nicht durch das BuT genutzt werden. Dadurch spart der Bund. Überdies ergeben sich für die Kreise zusätzliche finanzielle Belastungen, wenn die Mittel des BuT nicht abgerufen werden. 2013 wird der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft für die Be-



darfsgemeinschaften durch Rechtsverordnung des Bundes angepasst. Die Anpassung ist an den Mittelabfluss beim BuT gekoppelt. Das heißt, wenn die Mittel aus dem BuT in den Kreisen nicht genutzt werden, erhalten die Kreise und kreisfreien Städte

künftig vom Bund einen geringeren Anteil an den Kosten der Unterkunft. Ungeachtet der Kritik der LINKEN und anderer an den konzeptionellen Mängeln und dem hohen bürokratischen Aufwand des Bildungs- und Teilhabepaketes sollten die finanziellen Spielräume, die sich damit verbinden, nicht ungenutzt bleiben oder gar zusätzliche finanzielle Belastun-

gen in Kauf genommen werden. DIE LINKE. Brandenburg hat auf dem Landesparteitag im Februar das Ziel bekräftigt, dass die Schülerbeförderung grundsätzlich elternbeitragsfrei zu gestalten ist. Soweit nach den kommunalen Satzungen bereits Beitragsfreiheit besteht, wird DIE LINKE diese Errungenschaft verteidigen. Dazu hat der Landesparteitag die Landtagsfraktion aufgefordert, dafür einzutreten, dass den Kreisen für die Schülerbeförderung insgesamt ein Finanzvolumen zur Verfügung steht, das mindestens dem Niveau des Jahres 2011 entspricht. Geltendes Bundesrecht muss umgesetzt werden, damit Kommunen und Land keine finanziellen Nachteile entstehen. Einsparungen über geringere oder wegfallende Landeszuschüsse zur Schülerbeförderung lehnen wir ab.

*Kornelia Wehlan,
Stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Landtag Brandenburg*

Termine

07.05.12 18.00 Uhr

LinksTreff
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

08.05.12 jeweils 10.00 Uhr
Kranzniederlegungen im Kreis:

- am Ehrenfriedhof am Dammtor in Jüterbog
- am Ehrenmal auf dem Friedhof Ludwigsfelde
- am OdF-Ehrenmal in Trebbin
- am Denkmal für die Sowjetarmee, an der Gedenkstätte der Opfer des Faschismus und am Gedenkkreuz für die deutschen Soldaten in Blankenfelde/Mahlow
- am Ehrenmal Am Kietz in Zossen
- am Ehrenmal der Sowjetarmee in Glasow
- am Sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof sowie am Ehrenhain am Luckenwalder Stadtpark und am Stalag-Friedhof

10.05.12 18.00 Uhr

Programmdiskussion
Dennewitz

16.05.12 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

21.05.12 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

Die AG Senioren des Stadtverbandes Luckenwalde lädt zum 09.06.2012 zu einer Fahrt nach Petkus zum Gartenfest des Kräuterhexengartens ein. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr am Marktplatz Luckenwalde. Voranmeldung erbeten über die Kreisgeschäftsstelle 03371/632267.

Es ist wieder so weit!

Wir laden ein zum 7.

Jüter Rock

18. Mai 2012
Festwiese im
Schlosspark Jüterbog
Beginn: 18 Uhr

Die Jury hat folgende Bands in folgender Reihenfolge ausgewählt:

1. *Seuchenkommando* aus Jüterbog
2. *Kumpelkowski* aus Beelitz
3. *SMOKING TOMPSONS* aus Treuenbrietzen
4. *Silent Poem* aus Dresden

Der Höhepunkt des Abends wie immer:

SIX

mit ihrem neuen Album
„Narben und Souvenirs“

Eintritt bis 19 Uhr: 3 Euro,
danach 5 Euro.

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 03371/632267, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 03372/432691, Fax: 443033, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 11. April 2012, der nächsten Ausgabe: 16. Mai 2012
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
Hrsg.: DIE LINKE. KV Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de